geschaffen würden, könne Rom "die Bremse bei den Renten ziehen".

Italiens KP entdeckte sogar eine stabilisierende Wirkung der Invaliden-Gelder: Gäbe es sie nicht, wäre in manchen südlichen Dörfern, aus denen ohnehin viele Jugendliche abwanderten, überhaupt kein Bewohner geblieben.

"Finanzielle Fürsorge trat dort an die Stelle sozialen Wandels", erläuterte Aris Accornero vom Studienzentrum Cespe, der darin ein typisches Merkmal für die Versäumnisse im Mezzogiorno sieht: "Statt Agrarreform und neuer Fabrikjobs gab es halt bloß Renten."

SCHWEIZ

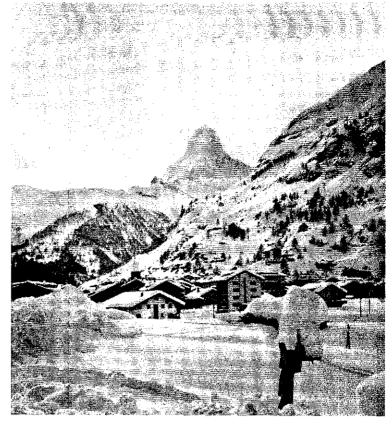
Großer Manitou

Der Touristen-Kanton Wallis trägt schwer an Korruption. Die dort übliche Vetternwirtschaft weitet sich zur Staatsaffäre aus.

Dieses Land", schwärmte Rainer Maria Rilke in französischen Versen über seine Walliser Wahlheimat, "liegt halbwegs zwischen Himmel und Erde."

Es liegt außerdem zwischen Simplon und Genfer See, besitzt das Matterhorn und den Rhône-Gletscher als Wahrzeichen alpiner Urwüchsigkeit und ist noch heute laut Touristenwerbung bei den ausländischen Wintersportlern als "Paradies aus Sonne und Schnee" geschätzt.

Bei ihren eigenen Landsleuten sind die Walliser vor allem berühmt für ihre "beispiellose Vermischung von Geschäft, Politik und Sport, die den



Walliser Kurort Zermatt: "Vermischung von Geschäft, Sport, Politik...

Staatskörper vergiftet" (Zürcher "Weltwoche"); der schöne Alpen-Kanton sei eine "Filzokratie" geworden.

Denn was in der übrigen Schweiz als Begünstigung oder Amtspflichtverletzung gilt, ist für Walliser Magistratspersonen mal eine harmlose "Unregelmäßigkeit", mal ein kleiner "Betriebsunfall" der kantonalen Bürokratie — Kavaliersdelikte allemal, deren Peinlichkeit vor allem darin gesehen wird, daß sie an die Öffentlichkeit kommen.

"So wäscht im Wallis eine Hand die andere", heißt es in der Deutschschweizer Presse, wenn mal wieder ein Skandal "ganz nach Walliser Art" ("Basler Zeitung") in der Kantonshauptstadt Sitten entdeckt wird.

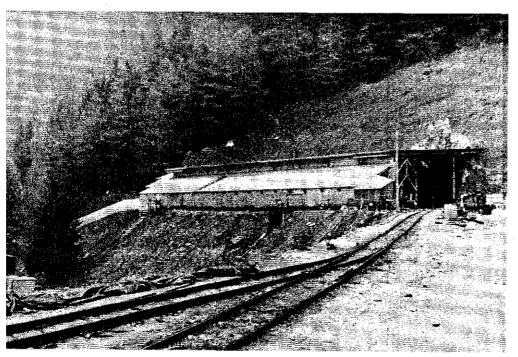
Wenige Wochen vor Inkrafttreten einer neuen Steuer für Grundstückgewinne kaufte die Walliser Regierung 70 000 Quadratmeter Land, ließ noch schnell die Grundbucheintragung vornehmen und ersparte so dem Verkäufer 200 000 Franken Gemeindesteuern.

Günstig kam auch ein Landbesitzer in Sitten weg. Ihm kaufte der Kanton Boden zu 50 Franken pro Quadratmeter ab, obgleich er das Land zum halben Preis hätte enteignen können. Die Kantonsherren befreiten den Verkäufer von der Gewinnsteuer und bevorzugten ihn zudem bei der Vergabe von Bauarbeiten.

Die Vorteile solcher Geschäftspraktiken kommen nicht etwa hilfebedürftigen Wallisern, sondern bevorzugt Parteifreunden zugute. Denn im Wallis gehören alle wichtigen Leute zur katholischen und konservativen "Christlichdemokratischen Volkspartei" (CVP).

Unumschränkter noch als die CSU in Bayern beherrscht die Walliser Staatspartei den Kanton und die Gemeinden. Im Kantonsparlament hat sie mit 83 von 130 Sitzen die absolute Mehrheit, in der Regierung hält sie vier der fünf Staatsratssitze.

Im Rhônetal zwischen Brig und Martigny, wo die chemische Industrie wegen ungenügender Vorschriften und mangelhafter Staatskontrollen schwere Fluorschäden angerichtet hat, sind



... hat den Staatskörper vergiftet": Spekulations-Objekt Furkatunnel

12 Renault Modelle in zahlreichen Versionen.

Die Familiären:





Renault 6. 25 bzw. 33 kW (34 und 45 PS),



Renault 12. Von 37 bis 60 PS), 1, 3 l.

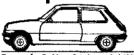


Renault 14. Das Raum-Fahrzeug. 42 kW (57 PS), 1,3 l.



Renault 16. Von 48 bis 66 kW (65 bis 90 PS), 1,6 und 1,7 l.

Die Sportlichen:



Renault 5, Von 26 bis 68 kW (36 bis 93 PS), 845 ccm bis 1,4 l.



Renault Rodéo. 25 bzw.33 kW (34 und



Renault 15. 44 kW (60 PS), 1, 3 l.



Renault 17. 72 kW (98 PS), I, 7 I.



Renault Alpine A 310 V6. 110 kW (150 PS), 2, 7 l.

Die Großen:



Renault 20. TL und GTL: 71 kW (96 PS), 1,71. TS: 80 kW (109 PS), 2-Liter.



Renault 30TS V 6. 92 kW (125 PS), 2,7 L

Landwirtschaft, Gewerbe und Presse christdemokratisch beherrscht. Staatspartei gehören die meisten Gemeindeväter, Dorfschullehrer und

Dem von Rom abgefallenen ultrarechten Ex-Erzbischof Lefebvre be-Christdemokraten Gebäude und Baubewilligungen für sein Priesterseminar in Ecône. Dem Umweltschützer Franz Weber verhalfen sie zu einer Tracht Prügel, als er im Wintersportzentrum Verbier gegen den Bau einer Alpenflugpiste demonstrierte: Politik und Geschäft sind im Wallis untrennbar miteinander verbunden, Vetternwirtschaft und Spezitum Bestandteil des politischen Alltags.

Schon Jean-Jacques Rousseau war das Wallis 1761 als "einzigartig durch seine Regierungsform und durch die Sitten der Bewohner" aufgefallen. Seither haben die Walliser zwar "den Sprung von einer fast mittelalterlich Selbstversorgungswirtgeschlossenen schaft in das Industriezeitalter vollzogen", erläutert die "Neue Zürcher Zeidas Walliser Phänomen, doch seien an ihnen "Aufklärung und Liberalismus gewissermaßen vorbeigegangen".

So gelten auch im heutigen Wallis für die einflußreichen Oberen andere Gepflogenheiten als für viele der karg lebenden Bergbauern, die meist als Arbeiter unten im Rhônetal dazuverdienen müssen.

Jahrelang konnte etwa CVP-Staatsrat Guy Genoud trotz klarem Verfassungsverbot nebenbei im Verwaltungsrat zweier Firmen sitzen. Auch der ehemalige CVP-Staatsrat Wolfgang Loretan stand während seiner Amtszeit einer Hotel- und Bädergesellschaft als Verwaltungsrat zur Verfügung.

Staatsrat Antoine Zufferey wiederum half dem Ingenieurbüro Zufferev Staatsaufträge zu beschaffen. Die Firma wird pro forma von seinem Bruder, einem Schullehrer, verwaltet.

Diesen im Wallis weitgesteckten Rahmen des Möglichen sprengte schließlich eine Korruptionsaffäre, die laut Zürcher "Tages-Anzeiger" im Stil "einer eigentlichen Mafia" ablief:

Spitzenbeamte der Kantonsverwaltung in Sitten hätten über Jahre hinweg heimlich der Firma Savro SA, dem größten Tiefbau-Unternehmen des Kantons, und ihrem Boß André Filippini ungerechtfertigte Gewinne verschafft.

Etwa fünf Jahre lang hätten die Beamten diverse Arbeiten und Lieferungen der Firma so fakturieren lassen, daß Beträge zweimal ausbezahlt wurden. Auch habe der Kanton wiederholt überhöhte Preise - etwa bei der Lieferung von Autobahn-Leitplanken - bezahlt, vermutet die Lausanner "Tribune-Le Matin". Als Gegenleistung, schrieb die Zürcher "Tat", soll Filippini fabrikneue Mercedes-Karossen zum Freundschaftspreis von 10 000 Fran-



Firmenchef Filippini Leitplanken verkauft

ken besorgt oder sich mit Geldspenden erkenntlich gezeigt haben.

Schon zu Beginn der 60er Jahre war einem wachsamen Mitglied der kantonalen Straßenkommission aufgefallen, der Staat habe für den Unterhalt der Simplonstraße der Firma Savro überflüssige Arbeiten übertragen und dafür auch noch überhöhte Preise bezahlt. Doch die Reklamation endete nach Walliser Art: Der Schnüffler wurde gerügt, er habe sich in die Kompetenzen der Finanzkommission eingemischt.

Im Verwaltungsrat der Savro saßen neben Firmenboß Filippini und lokalen CVP-Honoratioren auch der frühere CVP-Staatsrat Marcel Gros und, vor allem, der pensionierte CVP-Bundesrat (Minister) und Filippini-Freund Roger Bonvin. Der ist nebenbei auch Verwal-



Ex-Bundesrat Bonvin Volksvertreter überredet



tungsrats-Präsident der Bädergesellschaft des Ex-Staatsrats Loretan.

Noch als Bundesrat hatte Bonvin 1971 die Volksvertreter der Eidgenossenschaft in Bern überreden können, dem Bau des Furka-Tunnels zuzustimmen, um damit eine winterfeste Bahnverbindung vom Wallis in die Zentralschweiz herzustellen.

Die Bauleitung des Tunnels erhielt damals Albert Coudray, ein Bekannter Bonvins. Wegen Unfähigkeit mußte er auf Druck der Berner Behörden fristlos entlassen werden, wurde aber prompt durch seinen Kompagnon Hünerwadel ersetzt, der wiederum als Cousin von Ex-Staatsrat Loretan ein Freund von Filippini und Bonvin war.

Auch Filippinis Firma Savro verdiente am teuren Tunnelbau. Schon bald setzten aber die Bundesparlamentarier in Bern eine Untersuchungskommission ein, die klären sollte, weshalb bei den Furka-Grabungen die Voranschläge um über 100 Prozent überschritten wurden. Wegen "widersprüchlicher Aussagen der Beteiligten", unter ihnen Ex-Bundesrat Bonvin, sind die Recherchen noch nicht beendet.

In seinem Heimatkanton überzog Filippini die Grenze des Erträglichen erst, als gerüchteweise bekannt wurde, daß er zusammen mit einem Spezi bei der Polizei, dem Hauptmann Pasquinoli, auch noch ins Waffengeschäft eingestiegen sei — und, vor allem, nachdem er den Fußballelub von Sitten ruiniert hatte. Denn beim Sport hört auch bei Walliser Parteifreunden der Spaß auf.

Vor Jahren hatte sich der Bauunternehmer zum Vereinspräsidenten des FC Sitten wählen lassen und dem Verein durch Spielerverkäufe runde 1,4 Millionen Franken Einnahmen beschafft. Doch bei seinem Rücktritt im vergangenen Sommer hatte der Verein 200 000 Franken Schulden, niemand weiß, wo die Million geblieben ist.

Anfang September beschlagnahmte schließlich der Sittener Untersuchungsrichter André Franzé eine Tonne Akten der kantonalen Baubehörde, darunter auch den Briefwechsel mit der Savro — die Unterlagen waren bereits zur Verbrennungsanlage gebracht worden.

Nach seiner Verhaftung wurde der "große Manitou" (so ein Staatsrat) 120 Kilometer weit nach Genf verfrachtet, damit die CVP-Kumpane daheim keine Möglichkeiten zu weiterer Manipulation erhielten. Ende Dezember wurde die Liquidation der Savro eingeleitet.

In Untersuchungshaft saßen oder sitzen inzwischen elf Walliser Beamte und Savro-Leute ein. "Bei all den feinen Herrschaften hier", staunte ein Gefängniswärter, "müssen wir in Zukunft mit der Krawatte zur Arbeit antreten."

Mit weiteren vornehmen Gefängnisgästen aus Sittens Polit-Prominenz wird auch in der Staatspartei gerechnet, seit durch Franzés Recherchen aus dem Savro-Skandal "eine Affäre "Staat Wallis" ("Tat") geworden ist.

Im Berner Bundeshaus wurde der Volksvertreter Paul Biderbost von einem Deutschschweizer Kollegen begrüßt: "Es freut mich immer, wenn ich einen Walliser CVP-Kollegen sehe, der noch nicht verhaftet worden ist."

ENGLAND

Manische Magie

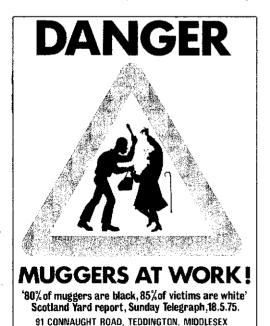
Die Konservative Partei marschiert nach rechts, Margaret Thatcher führt von oben.

Zunächst wurde es nur geflüstert (von konservativen Abgeordneten), dann laut ausgesprochen (von politischen Gegnern). Vergangenen Montag schließlich stand es dann in der Zeitung: Margaret Hilda Thatcher, 52, sei, so der liberale Londoner "Guardian", "das Haupt einer Viererbande", eine neue Frau Mao — aber was für eine!

Die konservative Oppositionsführerin, die gute Aussichten hat, noch in diesem Jahr Europas erster weiblicher Regierungschef zu werden, verwirrt seit Anfang des Jahres beinahe wöchentlich Freund und Feind mit Ausfällen und rhetorischen Blitzaktionen.

Und jedesmal, wenn sich die Aufregung gelegt hat, wird deutlicher, was geschieht: "Die Partei rutscht nach rechts", klagte die "Financial Times". Und Frank Judd, stellvertretender Außenminister im Labour-Kabinett, urteilt: "Dies ist die reaktionärste Konservative Partei seit dem Kriege."

Bisheriger Höhepunkt des populistischen Kreuzzuges der "eisernen Lady"



Britisches Anti-Farbigen-Plakat*
"Rassenhaß respektabel gemacht"



Oppositionsführerin Thatcher, Farbiger: "Von einer anderen Kultur überschwemmt"

Margaret Thatcher ist ihre Forderung, den farbigen Zuwandererstrom nach Großbritannien "klar" zu beenden, um "fundamentale britische Eigenheiten" zu erhalten. Damit kündigte die Oppositionsführerin den bisherigen Konsensus aller im Parlament vertretenen Parteien in der Rassenfrage auf: Das britische Volk befürchte, "von einer anderen Kultur überschwemmt" zu werden.

Deutlicher und unter Hinweis auf die offen rassistische und faschistische "National Front" (SPIEGEL 20/1977) ergänzte Margaret Thatcher noch: "Einige Leute stimmen nicht mit den Zielen der Nationalen Front überein, aber sie sagen, daß da wenigstens über einige Probleme gesprochen wird."

Wieviel Leute wie die Oppositionschefin sprechen, machte wenig später eine wissenschaftliche Studie klar. Auf der Basis der beiden Parlamentswahlen von 1974 errechnete Ivor Crewe, Direktor des Archivs für Meinungsumfragen der Universität von Essex, daß mit einer konsequent durchgehaltenen harten Rassenpolitik im Stile der Thatcher-Äußerungen mindestens vier Millionen Wähler neu für die Konservative Partei gewonnen werden könnten.

Für Labour-Innenminister Merlyn Rees hat Margaret Thatcher mit ihrem gefühlsgeladenen Appell "den Rassenhaß respektabel gemacht und die Bedrohung der öffentlichen Ordnung angeheizt".

Die Zuwanderung von Farbigen, durch das unter der konservativen Regierung Heath 1971 verabschiedete Einwanderungsgesetz bereits erheblich eingeschränkt, ist eine Sorge, die auch viele gutwillige Briten drückt. Etwa 50 000 Farbigen gelingt pro Jahr die Einreise ins Vereinigte Königreich, meist sind es Familien-Angehörige von dort bereits ansässigen Farbigen aus dem einstigen Commonwealth.

Rund zwei Millionen Inder, Westinder und Afrikaner leben bereits in britischen Städten, die Hälfte von ihnen schon in Britannien geboren. Sie konzentrieren sich in billigen Wohngebieten wie dem Londoner Stadtteil Brent, wo mittlerweile jeder zweite Einwohner dunkle Hautfarbe hat.

Die mit Niedriglohn-Jobs bedachten Neubriten — ihre Arbeitslosigkeit liegt weit über dem nationalen Durchschnitt, Zahlen werden nicht mitgeteilt — sind willkommene Prügelknaben für alles, was faul ist im Staate Britannien, vor allem für das schnelle Ansteigen der Kriminalität: zehn Prozent 1977.

Wie tief die Abneigung, oft schon der Haß, gegen die Farbigen in vielen Briten sitzt, wurde deutlich, als das BBC-Fernsehmagazin "Panorama" einen ausgewogenen Report zur Rassenfrage sendete: 150 Anrufer fühlten sich zu telephonischer Sofort-Reaktion provoziert. Ganze drei von ihnen begrüßten die Sendung, alle übrigen warfen dem Moderator Parteinahme für die Farbigen vor.

Und unmittelbar nach Margaret Thatchers Presseoffensive ergab eine Blitzumfrage des National Opinion Poll, daß die Konservative Partei, die drei Wochen zuvor noch zwei Punkte hinter Labour gelegen hatte, jetzt elf Punkte vor der Regierung rangiert.

Margaret Thatchers Rechtsdrift hat auch andere wichtige Positionen konservativer Politik erfaßt. Sie wird dabei beraten von den übrigen drei Mitgliedern der sogenannten "Viererbande": den rechtslastigen konservativen Parlamentsabgeordneten Norman Tebbit

^{*} Text des Plakats: Straßenräuber am Werk! 80 Prozent der Straßenräuber sind schwarz. 85 Prozent der Opfer weiß.